

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Gesundheit

Ausschussdrucksache
20(14)29(13)
gel. VB zur öffent. Anh am
27.04.2022 - Pflegebonus
26.04.2022



Deutscher Hebammenverband e. V. | Lietzenburger Straße 53 | 10719 Berlin
Deutscher Bundestag
Ausschuss für Gesundheit
Frau Vorsitzende Kirsten Kappert-Gonther MdB
Platz der Republik 1
10117 Berlin

per Mail: gesundheitsausschuss@bundestag.de

25.04.2022

Stellungnahme des DHV zum Gesetzentwurf zum Pflegebonusgesetz

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

beiliegend übersenden wir Ihnen die Stellungnahme des Deutschen Hebammenverbandes zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Entwurf eines Gesetzes zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz) anlässlich der Öffentlichen Anhörung des Ausschusses am 27.04.2022.

Da wir zu unserem Befremden nicht als Sachverständige zu der Anhörung eingeladen wurden, bitten wir Sie, unsere Stellungnahme den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung zu stellen, und sie mit den anderen Stellungnahmen zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin DHV

Ulrike Geppert-Orthofer
Präsidentin

**Deutscher
Hebammenverband e. V.**
Lietzenburger Straße 53
10719 Berlin
T. 030-3940677-0
F. 030-3940677-49

info@hebammenverband.de
www.hebammenverband.de

Vereinsregister:
Amtsgericht Mannheim VR 102080
USt-IdNr.: DE205828171

Sparkasse Karlsruhe-Ettlingen
IBAN: DE83 6605 0101 0009 8881 16
SWIFT-BIC: KARSDE66XXX

**Wir sind zertifiziert
DIN EN ISO 9001:2015**

Stellungnahme des Deutschen Hebammenverbandes

zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Entwurf eines Gesetzes zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (**Pflegebonusgesetz**)

anlässlich der

Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit

am 27.04.2022

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf zu einem Pflegebonusgesetz sollen Beschäftigte in Krankenhäusern und der Langzeitpflege erneut eine Corona-Sonderzahlung erhalten.

1 Milliarde Euro war den Pflegekräften im Koalitionsvertrag als Anerkennung für ihre herausragende Leistung zugesagt worden.

Der Deutsche Hebammenverband empfindet es jedoch als Skandal, dass den Hebammen zum wiederholten Male diese Anerkennung nicht zuteil wird. Große Belastungen durch Hygienemaßnahmen, permanentes Infektionsrisiko und vermehrten Betreuungsaufwand trafen in den letzten beiden Jahren genau wie in der Pflege auch für sie zu.

Insbesondere die Akutaufnahme von Patientinnen und Angehörigen im Kreißaal war und ist für Hebammen mit einer großen Exposition verbunden. Dennoch konnten sich werdende Mütter, Eltern und Neugeborene während der gesamten Pandemie auf sie verlassen. Hebammen allein ist es zu verdanken, dass eine durchgängig hochwertige geburtshilfliche Versorgung auch während dieser Zeit sichergestellt werden konnte. Es steht außer Frage, dass Hebammen als feste Säule in der Gesundheitsversorgung alle Kriterien für eine Corona-Sonderzahlung erfüllen.

Aber der Teufel steckt hier offenbar im Detail: Hebammen sind keine Pflegekräfte und es steht zur Diskussion, ob sie dieser Gruppe zugerechnet werden. Wie bei der Vergabe der ersten Corona-Prämien liegt es auch diesmal im Ermessen des Arbeitgebers und der Mitarbeitervertretung, welchen Beschäftigten der Corona-Bonus tatsächlich gewährt wird.

Die Politik der Koalitionsfraktionen überträgt diese Entscheidung lieber anderen. Das ist auf ganzer Linie enttäuschend. Einen Bonus in Aussicht zu stellen, der gleichermaßen belastete Berufsgruppen ausschließt und der nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird, kann kaum ein Zeichen der Anerkennung für alle sein. Wir sind uns mit dem Deutschen Pflegerat einig, dass wir dauerhafte Verbesserungen benötigen und nichts, was auch noch das Potential hat, die verschiedenen Berufsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Vielmehr muss ein Lohnniveau erreicht werden, das den außerordentlichen Leistungen der Hebammen gerecht wird und zu den Beschäftigten im Krankenhaus insgesamt passt. Zielführender ist deshalb eine dauerhaft bessere, angemessene Bezahlung. Das Signal das die Politik jetzt sendet, wird bei den Hebammen nur wieder zu großem Frust führen. Es reiht sich damit ein in die vielen Sonderregelungen während der Pandemie, bei denen die besondere Situation des Berufsstandes in der Regel „vergessen“ wurden.